

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 6. April 2013

Seite 2:

### **Bahn-Initiativen warnen vor Kollaps**

**GÜTERVERKEHR** Streckenausbau gefordert - Kritik an Verzicht auf Trasse um Oldenburg

VON CHRISTOPH KIEFER

Mit umfangreichen Investitionen in das Schienennetz muss sich Deutschland auf den stark steigenden Schienengüterverkehr vorbereiten. Das fordert die Bundesvereinigung gegen Schienenlärm (BVS) in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer, das dieser Zeitung vorliegt.

„Die explodierende globale Mobilitätsnachfrage erfordert immense öffentliche Investitionen für neue Technologien“, betont der Vorsitzende der BVS, Willi Pusch, angesichts Berechnungen der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen (GEB), wonach das Schienengüteraufkommen in Europa bis 2050 um 80 Prozent steigt. Konkret forderte Pusch unter anderem den Bau der so genannten Y-Trasse zwischen Hamburg, Bremen und Hannover. Ramsauer müsse das Thema zur Chefsache erklären und eine völlig neue Strategie für den Bahngüterverkehr in Deutschland entwickeln. Andernfalls komme es zu einem Kollaps.

„Die Probleme durch überlastete Strecken werden sich massiv verschärfen“, warnt der 61-Jährige aus Kamp-Bornhofen am Rhein im Gespräch mit dieser Zeitung. Die BVS vertritt die Interessen von mehr als 100 Bürgerinitiativen gegen Bahnlärm mit rund 300 000 Mitgliedern bundesweit ? darunter die Gruppierungen in Oldenburg und Bremen.

Die Weigerung der niedersächsischen Landesregierung, die Planungen für eine Bahntrasse um Oldenburg zu unterstützen, nannte Pusch kurzfristig. „Es ist unbegreiflich, dass der Jade-Weser-Port gebaut wurde, ohne für eine leistungsfähige Schienenanbindung zu sorgen.“ Die Pläne für eine neue Trasse müssten jetzt vorangetrieben werden, nicht erst, „wenn der Güterverkehr schon da ist“

Seite 35:

### **Scharfe Kritik an Minister Lies**

**BAHN** Initiative wehrt sich gegen Vertagung der Umfahrung

VON M. EXNER UND T. KUCHTA

Die jüngste schriftliche Absage von Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) an eine Bahnumfahrung des Stadtgebiets im Zuge der Jade-Weser-Port-Anbindung hat zu scharfen Reaktionen geführt. Sowohl die Bahn-Initiative IBO als auch Grünen-Ratsherr Armin Frühauf nahmen Lies ins Visier.

„Der Minister schießt aus allen Rohren gegen eine Oldenburger Umgehungsstrasse, hat aber bis heute offenbar nicht einmal begriffen, dass Oldenburg keine zusätzliche Strecke verlangt“, erklärte der IBO-Vorsitzende Christian Röhlig. Lies habe offensichtlich „den Überblick

über die Gefechtslage verloren“. Kein Mensch in Oldenburg, auch nicht der Rat, habe eine weitere Bahntrasse gefordert. Es gehe um eine preiswertere und nachhaltige Alternative zum Ausbau der Stadtstrecke.

Hintergrund des Streits ist eine mit großer Mehrheit beschlossene (aber von den Fraktionen mit unterschiedlicher Intensität getragene) Ratsresolution, die bereits für das in Kürze anstehende Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der innerstädtischen Bahnstrecke eine Umfahrung der Stadt nach dem Muster der friesländischen Gemeinde Sande (wo Lies lebt) fordert. Die Bahn lehnt das ab. Die neue Landesregierung aus SPD und Grünen setzt (wie die abgelöste aus CDU und FDP) den Akzent auf Lärmschutz und sieht das Thema Umfahrung erst später bei einer völligen Auslastung der Strecke (laut Lies ca. 160 Züge täglich) auf der Tagesordnung.

Der in Bahn-Fragen höchst engagierte Grünen-Ratsherr Frühauf fährt gleichfalls schwere Geschütze auf: „Der Rat fordert genau das ein, was Sie für Ihr Dorf in Sande erreicht haben: Eine Verlegung der bestehenden Strecke um den Ort herum“, schreibt er an Lies. Dafür bedürfe es keiner Mindestzahlen. Es reiche aus, dass eine solche Strecke „vorzugswürdig“ gegenüber dem Ausbau und zumindest nicht! teurer als derselbe sei. Beides habe die Stadt substantiiert dargestellt. Wenn Lies das ignoriere, sei das „ein Affront gegen die Bürger dieser Stadt“.

Regional hat die Stadt derzeit wenig Unterstützung für ihren Standpunkt. So sagte der neue Vorsitzende der Metropolregion Bremen/Oldenburg, Ammerlands Landrat Jörg Bensberg, auf die Frage nach der Haltung des Verbundes zur Stadt-Umfahrung: „Wir sind übereingekommen, dass wir uns über strittige Themen nicht öffentlich äußern.“

Kommentar von M. Exner, ebenfalls Seite 35:

### **Rückfall in alte Zeiten**

Langsam gerät die Bahndebatte an eine kritische Schwelle. Die Wortwahl der Verfechter einer Umfahrung konterkariert ihre guten Absichten.

Wenn der Grüne Frühauf den federführenden Minister Olaf Lies quasi als zu belehrenden Politiker vom Dorf ohne Sachkenntnis apostrophiert, könnte man das abtun nach dem Motto: Der Ratsherr bürgt für schlechten Stil. Das wäre zwar nicht grundsätzlich falsch, griffe aber zu kurz.

Diese Haltung ist ein Rückfall in alte Zeiten, als die Oldenburger Politik sich (durchaus partiübergreifend) als Speerspitze der Residenzstadt sah und die Region immer noch als eine Art tributpflichtiges Umland. Die Attitüde war und ist nur mäßig sympathiefördernd.

Eine Umfahrung ist aber nicht einklagbar - weil man immer nur gegen etwas (z.B. Lärm), nicht aber auf eine konkrete Leistung (z.B. Umfahrung) klagen kann. Darum kann die Frage auch nicht rechtlich, sondern nur politisch entschieden werden. Dafür wiederum braucht es Verbündete.

Und die bekommt man so ganz sicher nicht.

@ Den Autor erreichen Sie unter **exner@infoautor.de**